

BACKBORD

Herbst / Winter 2022

WER
SICH
JETZT

WIRKLICH

WARM

ANZIEHEN
SOLLTE



Es ist Zeit, Reiche und Konzerne
an den Krisen-Kosten zu beteiligen.
Wie DIE LINKE für mehr Gerechtigkeit sorgen will

Inflations-Kosten: Ran an die Krisen-Profite

Seite 2

NSU-Terror: Angehörige warten noch immer auf Aufklärung

Seite 6

Neue Volksinitiative: „Hamburg Enteignet“

Seite 8

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL

”

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

gut ein Jahr ist es her, dass der Bundestag neu gewählt wurde, fast ebenso lang regiert in Berlin die Ampel-Koalition mit Olaf Scholz als Bundeskanzler. Viele meinen ja, es sei egal, wer regiert. Doch das stimmt nicht. Ein Blick auf das Krisenmanagement von SPD, Grünen und FDP zeigt das. Es hat die Gesellschaft gespalten wie nie. Den einen, vor allem denjenigen, denen es vorher schon gut ging, geht es weiterhin gut. Manche machen sogar Gewinne mit der Krise. Dass sie ernsthaft an den Kosten beteiligt werden, brauchen sie bislang nicht zu fürchten. Die anderen aber, und das sind viel mehr, haben Angst. Vor der Gasrechnung, vor Arbeitslosigkeit, vor den steigenden Preisen im Supermarkt, dass Hartz IV und Rente nicht reichen, dass sie ihre Familie nicht mehr ernähren können und die Wohnung nicht mehr warm kriegen.

Wir meinen: Eine Regierung, die das zulässt, hat versagt. Aufgabe der Regierenden wäre, alles zu tun, dass den Leuten die Angst genommen wird. Wozu sonst soll Politik da sein? Jetzt allein auf die FDP zu zeigen, die in Berlin die notwendigen Reformen blockiert, wäre aber zu einfach. Das zeigt ein Blick auf Hamburg. Hier regieren SPD und Grüne allein, ohne die FDP. Doch auch hier in Hamburg läuft es nicht viel anders. Der neue Haushaltsplan sieht – anstatt die Menschen wirksam zu entlasten – sogar Kürzungen vor. Das ist wirklich kaum zu glauben in dieser Zeit.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



KRISE UND INFLATION

RAN AN DIE KRISEN-PROFITE!

Die Preise steigen. Und mit ihnen die Ungerechtigkeit. Während viele Menschen Angst vor der Zukunft haben, kassieren andere so hohe Gewinne wie noch nie. Zeit, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen.

Mal eben 120 Millionen Euro für den HSV? Geld für ein moderneres Stadion, neue Spieler, bessere Trainingsbedingungen? Das ist selbst für den großen Traditionsverein aus dem Volkspark eine stattliche Summe. Für den Hamburger Milliardär

Anteile an der Reederei Hapag-Lloyd und der Fluggesellschaft Lufthansa haben Kühne, der wohl aus steuerlichen Gründen in der Schweiz lebt, Milliarden eingebracht. Laut „Forbes“ hat sich das ohnehin riesige Vermögen des 85-Jährigen in den vergangenen Jahren glatt verdoppelt.



Protest in Leipzig: 5.000 Menschen gehen auf die Straße für mehr Gerechtigkeit bei der Bewältigung der Krisen-Folgen

Klaus-Michael Kühne hingegen scheint das kein Problem zu sein. Seit Jahren schon schießt er dem HSV immer wieder Geld aus seinem Privatvermögen zu oder bietet es an, um im Gegenzug seinen eigenen Einfluss im Verein zu vergrößern. In letzter Zeit aber stellt er Summen in Aussicht, die man selbst von ihm nicht kannte, zuletzt einen dreistelligen Millionenbetrag. Wie kann das sein? Haben wir denn nicht gerade eine Energie- und Wirtschaftskrise?

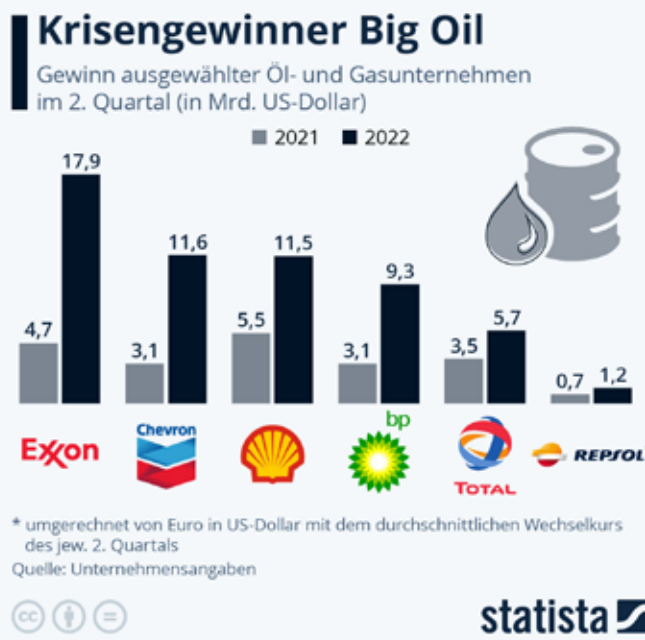
Vermögen in der Krise verdoppelt

Eigentlich ja. Aber irgendwie auch nicht. Zumindest nicht für alle. Klaus-Michael Kühne ist Besitzer von riesigen Transport-Unternehmen. Und die haben in der gegenwärtigen Krise sogar noch kräftig abgesahnt. Die Gewinne seiner Firma Kühne+Nagel schießen in die Höhe, denn die Marktpreise für den Gütertransport sind hoch wie noch nie. Auch seine

Kaum gestiegen dagegen sind die Abgaben, die Kühne an den Staat zahlt. Beispiel Hapag-Lloyd: 9,4 Milliarden Euro Gewinn machte die Reederei im vergangenen Jahr. Davon zahlte das Unternehmen aber nur 61,3 Millionen Steuern – 0,65 Prozent. Ein normaler Kleinbetrieb, eine Bäckerei zum Beispiel, zahlt in der Regel etwa 35 Prozent Steuern auf seinen Gewinn. Doch für Großkonzerne gelten oft andere Regeln. Im Fall Hapag-Lloyd zum Beispiel die „Tonnagesteuer“. Das ist ein Sondertarif, der großen Reedereien Steuervorteile verschafft, von denen andere Firmen nur träumen können. Die Folge: irrwitzige Gewinne, die an diejenigen überwiesen werden, denen die Firmen gehören. 1,9 Milliarden schüttete der Konzern allein im vergangenen Jahr an Klaus-Michael Kühne aus. Da kann man dem HSV schon mal 120 Millionen Euro anbieten. Doppelt so viel, wie Hapag-Lloyd dem Gemeinwesen bezahlt hat.

Übergewinnsteuer jetzt!

Es ist kein Geld da“: Nie war die Lieblingsentschuldigung untätiger Regierungen so falsch wie im Moment. Dass man, den entsprechenden Willen vorausgesetzt, in kürzester Zeit 100 Milliarden Euro aufreiben kann, zeigt das Beispiel des Bundeswehr-„Sondervermögens“. Das wurde innerhalb weniger Tage beschlossen. Noch mehr Geld ließe sich locker machen, wenn die Krisengewinne der Konzerne endlich vernünftig besteuert würden.



in der aktuellen Krise finden sich viele Beispiele von Ländern, die eine Übergewinnsteuer eingeführt haben: Italien, Griechenland und Großbritannien gehören dazu. Berechnungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zufolge könnte eine solche Steuer in Deutschland bis zu 200 Milliarden Euro einbringen. Geld, das dringend gebraucht wird.



61,3 Millionen an den Staat, 1,9 Milliarden an den Eigentümer: Das Beispiel zeigt, was aktuell falsch läuft in Deutschland. Es ist eine riesige Umverteilung, die jeden Tag im Stillen vor sich geht. Das war schon vor Corona und auch vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine so. Doch in den Jahren der Dauerkrise hat sich die Entwicklung verschärft.

Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert

Während Corona waren es Lieferdienste und Versandhändler, die märchenhafte Profite einfuhren und sich nebenbei lästiger Konkurrenz entledigen konnten. Seit der Ukraine-Krise gehören Öl- und Gas-Multis, übrigens die größten Bremsklötze bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, zu den Gewinnern. Ernsthaft zur Kasse gebeten wurden sie bislang nicht. Auf der Strecke bleiben diejenigen, denen die Konzerne

die Rechnungen ausstellen: private Haushalte und kleine Unternehmen. Sie fürchten sich vor dem Winter, manche stehen vor dem Ruin.

Echte Entlastung jetzt!

Daran ändern auch die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung und des Hamburger Senats kaum etwas. Sie sind viel zu klein – und schütten das Geld auch noch ungerecht aus. So bekommen etwa Senior:innen und Studierende alle das gleiche Energiegeld – egal, ob sie Grundversicherung beziehen oder aus einem Reiche-Leute-Haushalt kommen. Der Staat muss sich mutiger trauen, direkt in den Markt einzugreifen und die Energiepreise zu regulieren, damit die gigantischen Rechnungen gar nicht erst entstehen können. Das würde nicht nur die Portemonnaies entlasten. Es würde den Menschen auch die Angst vor einem kalten Winter nehmen.

Preise
runter,
Steuern
rauf!

Das fordert
DIE LINKE
konkret:

Sozialer Klimabonus von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).

Die Lasten gerecht verteilen. Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden, eine einmalige Vermögensabgabe muss eingeführt werden.

Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen eine Sockelmenge für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer.

Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand. Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei, Bus und Bahn bauen wir aus.

KRISE UND INFLATION

DAS KÖNNTE HAMBURG TUN

Nicht nur die Bundesregierung muss jetzt schnell handeln, um die Folgen der Inflation aufzufangen. Auch der Hamburger Senat ist jetzt gefordert. Beste Gelegenheit dafür: der kommende Haushalt 2023/2024. Doch der könnte sogar Kürzungen bringen!

Etwa 18 Milliarden Euro Ausgaben hat der Hamburger Senat jeweils für den städtischen Haushalt 2023 und 2024 eingeplant. Doch was zunächst nach einer Steigerung aussieht, deckt den Bedarf an Personal, sozialer Infrastruktur und nachhaltigen Investitionen nicht ab. Schlimmer noch: Ein großer Teil dieser eigentlich beschlossenen Ausgaben wird nie fließen. Denn gleichzeitig hat der Senat „globale Minderausgaben“ festgelegt: Sparvorgaben, die jeder Fachbereich erbringen muss. Das bedeutet dann nicht nur weniger Geld für Soziales, Verkehr und Gesundheit. Damit wandert die Entscheidung, wofür Hamburg Geld ausgibt, von den demokratisch gewählten Bürgerschaftsabgeordneten hin zu den Senator:innen. Ein rechtliches Problem, das auch der unabhängige Rechnungshof regelmäßig kritisiert.

Es drohen deutliche Kürzungen

Doch auch hinter vorgeblichen Steigerungen verbergen sich reale Kürzungen. Wenn etwa Personalkostenerhöhungen von 1,5 Prozent eingeplant sind, die Tarifabschlüsse aber darüber liegen und die Inflation noch viel höher sein wird, bleibt unterm Strich trotzdem weniger Geld. In der Folge bleiben Stellen unbesetzt, oder es muss an anderer Stelle gespart werden. Ein Problem, das schon in der Vergangenheit zu Überstunden, langen Bearbeitungszeiten von Anträgen oder einem schlechten Betreuungsschlüssel in der Kita geführt hat. Noch gar nicht einkalkuliert sind dabei die absehbar steigenden Energiekosten, zum Beispiel für städtische Gebäude, aber auch für Vereine und Verbände, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Die bislang geplanten Zuwendungen bilden weder den Strom- noch den Gaspreisanstieg ab. Hier drohen weitere Haushaltslöcher.

Hamburg schaut weg

So bleibt Hamburg bei der Bewältigung der Coronakrise, den Folgen des Ukrainekriegs und bei der Bekämpfung der Armut auch in Zukunft weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Kaum eine andere Stadt in Deutschland hat so viele Einkommensmillionär:innen mit so viel Vermögen. Doch das Motto des Finanzsenators scheint „Hamburg schaut weg“ zu sein, wenn es um die Steuerprüfung bei den Reichsten geht. Noch nie gab es so wenige Kontrollen bei Reichen – so ist es einer aktuellen Anfrage unserer Fraktion zum Thema zu entnehmen.



In der Hamburgischen Bürgerschaft beschließen die Abgeordneten die Ausgaben der Stadt Hamburg. Für die Jahre 2023 und 2024 werden das jeweils etwa 18 Milliarden Euro sein

„Wussten Sie schon...“



... dass ein **Straßenbahnnetz** mit über 100 Haltestellen und 53 Kilometern Länge **500 Millionen Euro günstiger** wäre als die U5-Ost mit fünf Haltestellen und nur 5,8 Kilometern Schienenstrecke?

... dass die Reederei **Hapag-Lloyd** auf ihren Gewinn von mehr als 9 Milliarden Euro **weniger als 1 Prozent Steuern** gezahlt hat, während eine Bäckerei etwa 35 Prozent Steuern auf den Gewinn zahlen muss (siehe Seite 2)?

... dass **Großunternehmen** in Hamburg im Durchschnitt weniger als alle 6 Jahre eine **steuerliche Außenprüfung** zu befürchten haben, Einkommensmillionär:innen sogar nur **alle 25-50 Jahre**?

... sowohl im Grundgesetz als auch im regulären Gesetz eine **Vermögenssteuer** vorgesehen ist, die zu 100 Prozent den Bundesländern zusteht, seit 1997 aber **nicht mehr erhoben wird**?

... dass jede Senatorin und jeder Senator einen eigenen „**Reservetopf**“ (sogenannte „Zentrale Ansätze“) verwaltet, der sich der **Kontrolle durch die Haushaltsgesetzgebung** entzieht? Allein bei Finanzsenator Dressel liegen so über 500 Millionen Euro – was der Landesrechnungshof seit Jahren beklagt.

Schonzeit beenden!

Das Geld ist da. Doch leider schaut Hamburg bei den größten Einkommen und Vermögen allzu gerne weg. Einkommensmillionär:innen, die jahrelang nicht geprüft werden und Steuerrückstellungen wie bei Cum-Ex-Geschäften der Warburg-Bank, bedeuten in der Folge verlorene Steuereinnahmen. Damit Hamburg insgesamt handlungsfähig bleibt und nachhaltig in die soziale Infrastruktur investieren kann, fordert DIE LINKE:

Wiedererhebung der **Vermögenssteuer**, die zu 100 Prozent der Stadt Hamburg zugute käme

Übergewinnsteuer für Unternehmen, die im Zuge des Krieges gegen die Ukraine ihre Gewinne gesteigert haben, etwa **Stromkonzerne**

Abschaffung des Steuerprivilegs „Tonnagesteuer“ für Reedereien wie Hapag-Lloyd, die alleine 2 Milliarden Euro weniger Steuern an die Stadt Hamburg gezahlt hat als sie es regulär müsste

Mehr Betriebsprüfungen für Banken und große Unternehmen, mehr Steuerprüfer:innen für das reichste Prozent mit „besonderen Einkünften“ von mehr als 500.000 Euro im Jahr

Das schlägt DIE LINKE vor:

MEHR SOZIALWOHNUNGEN BAUEN



Der **soziale Wohnungsbau** in Hamburg darf nicht weiter schrumpfen. Unser Vorschlag: 4.500 Wohnungen in 2023 und 6.000 Wohnungen in 2024 bauen. Miete: max. 6,90 Euro/m².

HAMBURGER GASPREISDECKEL



Unser Vorschlag, damit niemand frieren muss: Ein Kontingent von 8.000 kw/h Wärme für jeden Haushalt und 4.000 kw/h für jede weitere im Haushalt lebende Person. Damit ließe sich eine **Grundversorgung mit Energie** zum Vorkrisenpreis sicherstellen.

KIJU-KARTE



„Das kann ich mir nicht leisten“: Diesen Satz soll kein Kind mehr sagen müssen, wenn es um Sport, Bildung, Kultur und Mobilität geht. Unser Vorschlag: Eine **Kiju-Karte für alle unter 18**, die zum freien Eintritt in Schwimmbädern, Museen, Sportvereinen und Theater berechtigt.

HÄRTEFALLFONDS ENERGIE



Wer wegen gestiegener Energiekosten in Not gerät, darf nicht allein gelassen werden. Unser Vorschlag: direkte Hilfen für Menschen, die Probleme haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, **Verbot von Energiesperren**.

HVV-PREISE RUNTER



Das 9-Euro-Ticket war ein Riesenerfolg und zeigt: Die Fahrpreise müssen runter! Unser Vorschlag: Der HVV sollte **nicht mehr als 365 Euro im Jahr** kosten. Transferleistungsbeziehende, Kinder und Jugendliche fahren kostenlos. Ausweitung des Schienennetzes durch die Stadtbahn!

TERRORISMUS

„Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht“

Ein junger Hamburger war das dritte Opfer der rechten Terrorgruppe NSU. Eine neue Broschüre der Fraktion DIE LINKE beleuchtet die Hintergründe des Mordes – und die zahllosen Pannen bei der Ermittlungsarbeit.

Es war der 27. Juni 2001. Ein Mittwoch, wolkig, regnerisch: Hamburger Wetter. Ali Taşköprü war kurz draußen, es fehlten Oliven im Laden der Familie in Altonas Schützenstraße 39. Als er zurückkam, lag sein Sohn Süleyman im Sterben. Niedergeschossen. Aus dem Augenwinkel hatte Ali Taşköprü zwei Männer weggehen sehen. Junge Männer. Sie gingen nach Süden, Richtung Ottensen. Dieses Gemüsegeschäft – er war der Lebensmittelpunkt der Familie Taşköprü. Gerade erst ein paar Monate zuvor hatte Süleyman das Geschäft von seinen Eltern übernommen. Nun war er tot.

Für die Polizei war schnell klar: Süleyman Taşköprüs Tod ist Teil einer Mordserie – denn die selbe Tatwaffe war zuvor schon verwendet worden. Man vermutete organisierte Kriminalität und Mafiosi. Und vernahm die Familie Taşköprü, wieder und wieder: entwürdigend, diskriminierend. Suchte Hintermänner in der Türkei. Und ließ sich keine Sekunde von dieser falschen Spur abbringen. Doch Fakt



Kein Vergessen: Aktivist:innen erinnern an die Opfer des rassistischen Terrors

war: Süleyman Taşköprü war das dritte Opfer des NSU, des „Na-

tionalsozialistischen Untergrunds“. Zehn Menschen hatte der NSU am Ende ermordet, 24 wurden bei Bombenanschlägen zum Teil lebensgefährlich verletzt.

184 „Spuren“ hatte man verfolgt. Nach rechts führte keine.

Dass Taşköprüs Tod Teil dieser Serie war, wusste am 27. Juni 2001 niemand. Nur, und hier liegt das Problem: Es wollte auch niemand wissen. Weil ja für die Beamt:innen die Sache ganz schnell klar war. 184

oft haarsträubende Spuren hatte man verfolgt, als die Ermittlungen 2003 ergebnislos eingestellt wurden. Nach rechts führte keine dieser Spuren. Dass Neonazis mordend durchs Land ziehen – für Hamburgs Polizei jenseits der Vorstellungskraft.

Und als 2005 eine neue SOKO gegründet wurde, da machte deren Leiter weiter, wo seine Vorgänger in ihrer Verbohrtheit aufgehört hatten. So gar ein Wahrsager wurde aus dem Iran eingeflogen. Der weit-sichtige Mann bestätigte, was die Beamten hören wollten: Der Täter war Südländer und es ging um Drogen... Immer und immer wieder ließ die SOKO Hinwei-se auf Neonazis rechts liegen. So

konnte der NSU weiter morden, ohne behelligt zu werden. Dabei hätte man es besser wissen können, auch und gerade in Hamburg. Man musste wissen, dass die Hansestadt seit Jahrzehnten eine Hochburg militanter Neonazis und ihrer „Kameradschaften“ war. Man hätte auch die Hinweise aus der türkischen Community, die sich von rechts bedroht wusste, ernst nehmen müssen.

Was alles schief lief bei der Aufklärung der NSU-Morde, das war Thema von 15 Untersuchungsaus-schüssen. Im Bund und in allen Ländern, in denen

„Es müssen politische Konsequenzen folgen“

Backbord: Zehn Mordopfer, unfassbare Pan-nen der Hamburger Ermittler:innen, aber bei der SPD sah man „keinen Handlungsbedarf“ in Sachen NSU-Untersuchungsausschuss. Wie ist das möglich?

Celik: Es ist wirklich kaum zu glauben. Ab-

gelehnt haben den PUA ja nicht nur die SPD, sondern auch die Grünen. Die Ermittlungen waren von rassistischen Stereotypen geprägt. Rechtsextremistische Tatmotive wurden ausgeschlossen, die Täter im Umfeld der Familie und im Bereich der organisierten Kriminalität gesucht. Wir meinen: Der institutionelle Rassismus in der Hamburger Polizei muss aufgeklärt werden.

Backbord: Auch die Rolle des Verfassungsschutzes ist äußerst fragwürdig.

Celik: Der Verfassungsschutz hat zu keinem Zeitpunkt vor einem rechtsterro-ristischen Hintergrund der Morde gewarnt. Dabei hatte die Hamburger Neo-naziszene seit den 90er Jahren Verbindungen zum Thüringischen Heimatschutz, der mit Hilfe von V-Leuten aufgebaut wurde und aus dem der NSU hervor-gegangen ist. Es muss aufgeklärt werden, was der Verfassungsschutz zu welchem Zeitpunkt über diese Verbindungen nach Hamburg gewusst hat.

Backbord: Sie bleiben bei Ihrer Forderung eines Untersuchungsausschusses?

Celik: Natürlich. Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht. Die Angehörigen haben ein Recht auf Antworten und es müssen auch politische Konsequenzen folgen.



Deniz Celik, Sprecher für Gesundheit, Senior:innenpolitik, Antifascismus und Innenpolitik



Christiane Schneider und Felix Krebs: „Der NSU-Komplex in Hamburg – Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht“
Bestellbar über info@linksfraktion-hamburg.de (einfache Mail reicht, kommt gratis per Post) oder zum Download: www.linksfraktion-hamburg.de/nsu-komplex

der NSU mordete. Nur in Ham-burg nicht. Obwohl die Linksfraktion dies immer wieder beantragt hat. Der Hintergrund: Ein Unter-suchungsausschuss hat besondere Befugnisse. Er kann Zeug:innen vernehmen, Akten einsehen. So ließen sich Fragen klären, die in Hamburg bis heute offen bleiben: Wie kamen die aus Thüringen angereisten Mörder ausgerechnet auf Süleyman Taşköprü? Hat-ten sie Hilfe durch Hamburger Neonazis? Warum wurden so viele Akten vernichtet? Warum haben die

Ermittler:innen sich derart verrannt, wie viele V-Leute des Hamburger Verfassungsschutzes waren womöglich mit im rechten Boot?

„Wovor haben die verantwortlichen Politiker:innen Angst?“

Solche Fragen stellt Aysen Taşköprü, die Schwes-ter von Süleyman, in der neuen Broschüre der Hamburger Linksfraktion „Der NSU-Komplex in

Hamburg“. Die Broschüre beschreibt das rechtsex-treme Umfeld, aus dem heraus der NSU seine An-schläge begehen konnte. Und sie zeigt die Ignoranz und die Fehler der Hamburger Ermittler:innen – in oft erschreckenden Details. „Es ist unser Herzens-anliegen, dass auch in Hamburg endlich ein Un-tersuchungsausschuss einberufen wird“, so schreibt Aysen Taşköprü. Und fragt: „Wovor haben die verantwortlichen Politiker:innen und Parteien in Hamburg Angst?“

KURZ VORGESTELLT



OLGA FRITZSCHE
Sprecherin für Wirtschaft, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Sozialökonomin, Pressedokumentarin
» 50 Jahre alt » ledig » 1 Sohn
seit 2020 in der Bürgerschaft

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Interessiert haben mich Politik und Ökonomie schon immer, irgendwann habe ich mich in meinem Betrieb und in der Gewerkschaft engagiert, weil ich nicht alles hinnehmen, sondern selbst mitgestalten wollte. Der letzte Kick ins politische Engagement war dann der Widerstand gegen die rot-grüne Agenda 2010 und die Hartz-Reform.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Am meisten beschäftigt mich die Situation der Leute mit kleinem Einkommen. Was hier an Benachteiligung und Ungerechtigkeit passiert, möchte ich aufdecken und möglichst ändern. Es gibt so viele Menschen mit wirklich großen Problemen, die sehr häufig den Grund haben, dass sie einfach zu wenig zum Leben haben. Das in den Fokus der Aufmerksamkeit zu bringen und auch Verbesserungen zu erreichen, sehe ich als wichtigste Aufgabe.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Menschen, die ein geringes Einkommen haben, erst recht, wenn sie von Trans-ferleistungen leben, scheinen von der Politik vergessen worden zu sein. In der Coronakrise haben sie nahezu keine Hilfen bekommen.

olga.fritzsche@linksfraktion-hamburg.de
040 / 42831 2250



SABINE BOEDDINGHAUS
Co-Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Schule, Bildung, Jugend und Familie,

Erziehungswissenschaftlerin
» 65 Jahre alt » verheiratet » 5 Kinder
» 4 Enkelkinder
von 2004-2008 für die SPD in der
Bürgerschaft, seit 2015 für DIE LINKE

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Jahrelange Eltern- und außerparlamentarische Bündnisarbeit rund um Schule und Bildung hat mich erst zur SPD gebracht (die damals für eine Schule für Alle warb, es aber nicht so meinte) und später dann zur LINKEN. Mit der Einschulung meines ersten Sohnes habe ich hautnah erlebt, was es bedeutet, dass die soziale Herkunft darüber entscheidet, welche Chancen junge Menschen in unserer Gesellschaft erhalten.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Dass es zumindest eine Stimme im Parlament gibt, die alles dafür tut, die Folgen von Armut und sozialer Ungerechtigkeit aufzuzeigen. Ich sehe uns als Interessen-vertretung engagierter Menschen und von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen, die von SPD und Grünen nicht mehr gesehen werden.

Was as ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Die Borniertheit, Arroganz und Abgehobenheit der Rot-Grünen! Die SPD ist längst wieder verfangen im tiefroten Filz und die Grünen gefallen sich in ihren belanglo-sen Wohlfühlreden, die aber nahezu folgenlos bleiben. Nie waren die Armut und die soziale Not in Hamburg größer, aber heilig ist dem Senat allein die Schwarze Null!

sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de
040 / 303 948 74

VOLKSINITIATIVE

JETZT ENTEIGNET HAMBURG

Die Mieten steigen und steigen, der Markt regelt eben nicht. Eine Enteignung großer Wohnungskonzerne könnte Spekulation und Abzocke mit Wohnraum eindämmen.

Es war ein Denktzettel für die Konzerne, die in Berlin mit rasant steigenden Mieten Reibach machen: Am 26. September 2021 stimmten 59,1 Prozent der Berliner:innen bei einem Volksentscheid für die Enteignung der großen Wohnungsunternehmen. Die Menschen in der Hauptstadt haben es satt, dabei zuzusehen wie teure Läden und Luxuswohnungen immer mehr Berliner:innen aus ihrer Nachbarschaft verdrängen. Die Idee: Mit der Enteignung würden die Wohnungen dem Markt entzogen. Die Mieten könnten dann gesenkt werden. Das hätte Auswirkungen auf den Mietenspiegel und würde allen Mieter:innen helfen.

Von Berlin lernen!

In Hamburg ist die Situation nicht besser als in Berlin: Der aktuelle Mietenspiegel zeigt eine Steigerung von 7,3% – der stärkste Anstieg seit 20 Jahren. Auch um die Sozialwohnungen steht es in Ham-

burg schlecht: Nur noch 80.000 geförderte Wohnungen gibt es in der Stadt – während 425.000 Hamburger:innen Anspruch darauf haben. Der Hamburger Senat verspricht, jedes Jahr 3.000 geförderte Wohnungen neu zu genehmigen – im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es bis jetzt aber lediglich 19! Damit ist klar: Die Wohnungspolitik von SPD und Grünen in Hamburg ist gescheitert. Die Hoffnung, das Bündnis mit der Immobilienlobby könnte bezahlbaren Wohnraum schaffen, hat sich als Illusion entpuppt.

10.000 werden benötigt

Beflügelt vom Erfolg der Berliner Mieter:innenbewegung hat sich auch in Hamburg eine Initiative gegründet, die fordert: Alle profitorientierten Wohnungsunternehmen mit mehr als 500 Wohnungen sollen enteignet werden. Die Wohnungen sollen in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt



Sammeln Unterschriften für „Hamburg Enteignet“: Unsere Abgeordneten Sabine Boeddinghaus und David Stoop

werden, bei der die Mieter:innen mitbestimmen. Seit dem 15. September sammelt die Initiative „Hamburg Enteignet“ Unterschriften für einen Volksentscheid. In der ersten Sammelphase müssen 10.000 Unterschriften zusammenkommen. Als LINKE setzen wir uns in der Bürgerschaft und in den Bezirken schon lange dafür ein, dass Wohnen in Hamburg bezahlbar bleibt. Deshalb unterstützen wir die Initiative und rufen dazu auf, sich aktiv zu beteiligen. In Berlin wird gerade darum gerungen, wie ein Gesetz zur Enteignung aussehen könnte. Möglicherweise entsteht eine Steilvorlage, von der die Hamburger:innen profitieren können, wenn „Hamburg Enteignet“ erfolgreich ist.

Neustart bei der LINKEN



Neue Führungsspitze bei der Hamburger LINKEN: Ein Parteitag in Wilhelmsburg wählte **Sabine Ritter** (2.v.l.) zur Landessprecherin und **Thomas Iwan** (l.) zum Landessprecher. Auf unserem Foto gratulieren unsere Fraktionsvorsitzenden **Cansu Özdemir** (3.v.l.) und **Sabine Boeddinghaus** (4.v.l.).



Heike Sudmann, Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik

Backbord: Warum sind große profitorientierte Wohnungsunternehmen ein Problem?

Sudmann: Sie wollen hohe Gewinne einfahren, indem sie die höchstmöglichen Mieten abkassieren. Damit treiben sie die Mieten auf dem gesamten Wohnungsmarkt in die Höhe. Mit der Enteignung/Vergesellschaftung können die Mieten gesenkt werden.

Backbord: Gegner:innen der Enteignung argumentieren, damit würde keine einzige Wohnung geschaffen. Was ist da dran?

Sudmann: Das ist lustig, denn die meisten profitorientierten Vermieter:innen bauen gar keine neuen Wohnungen. Mit einem großen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen kann auch der Neubau von leistbaren Wohnungen vorangetrieben werden.

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg

Instagram: instagram.com/linksfraktionhh | TikTok: www.tiktok.com/@linksfraktionhamburg

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 5: Wohnungsbau, HVV, KiJu-Karte, Härtefallfond; S. 6/7/8: Abgeordnete) | DIE LINKE (S. 2: Fraktionsvorsitzende, Demo Leipzig; S. 8: Neustart) | dpa/Lino Mirgeler (S. 6: NSU-Demo) | Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf (S. 4: Plenarsaal) | Harald Singler (S. 8: Unterschriftensammeln) | Stock/Adobe (S. 5: Gaspreisdeckel) | Wikimedia/Hauke Stieler (S. 5: HVV)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft